

Fuß will der CDU an der Sieg folgen

Die SPD-Fraktion fordert die drastische Senkung der Kreisumlage.

VON NORBERT KURTH

Rhein-Erft-Kreis - Deutlich niedrigere Zahlungen der Kommunen an den Kreis (Kreisumlage) hat die SPD-Fraktion gefordert. Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Hardy Fuß, verweist zur Begründung auf den benachbarten Rhein-Sieg-Kreis: „Bereits im vorigen Jahr lag der Satz dort bei nur 37,13 Prozent – mehr als fünf Prozentpunkte unter dem des Rhein-Erft-Kreises.“ Hier liege der Umlagesatz derzeit bei 42,37 Prozent. Wenn die Nachbarn, wie dort erwogen wird, jetzt erneut die Preise senkten und 34,03 Prozent anvisierten, dann sei das eine deutliche Entlastung der Kommunen um 3,1 Prozentpunkte. „Daran sollte sich der Kreis hier ein Beispiel nehmen und den Umlagesatz drastisch senken“, sagt Fuß und fordert Landrat Werner

Stump auf, seinem Amtskollegen an der Sieg und CDU-Parteifreund Frithjof Kühn nachzueifern. „Das Gerede vom schuldenfreien Kreis ist unsäglich, wenn die Kommunen dafür weiter die Zeche zahlen müssten.“ Aufgrund der hohen Umlage hier sei es den Kommunen kaum möglich gewesen, selbst Schulden in größerem Umfang abzubauen. Wenn die Umlage in der bisherigen Höhe bestehen bleibe, dann betrage die Differenz rund acht Prozentpunkte. Für eine Stadt wie Hürth ergebe das Mehrausgaben von vier Millionen Euro.

Die Forderung der CDU-Fraktion im Landschaftsverband (LVR), die LVR-Umlage für die Kreise zu senken, lehnt Fuß allerdings ab. Die CDU hatte gefordert, den Umlagesatz auf 15,3 Punkte zu senken. Der Haushalt des Rhein-Erft-Kreises würde damit um 2,2 Millionen Euro entlastet, sagten die Fraktionsmitglieder Heidemarie Tschepe und Heinz Küpper.

Missverständnis um Stilllegung?

Alte Blöcke in Frimmersdorf laufen bis zum Start von BoA II

von MANFRED FUNKEN

FRIMMERSDORF. Die unfallbedingten Verzögerungen auf der BoA-Baustelle in Neurath werden möglicherweise auch die Stilllegung von fünf Kraftwerksblöcken in Frimmersdorf noch weiter nach hinten verschieben. Definitiv werde das Abschalten schrittweise vor Inbetriebnahme der BoA-Blöcke II und III erfolgen, sagte Pressesprecher Lothar Lambertz auf Anfrage.

Starten sollte das neue Kraftwerk mit dem ersten Block ursprünglich Anfang 2010. Da der Kesselbau aufgrund des schweren Unfalls im Oktober jedoch wegen Er-

mittlungen der Staatsanwaltschaft immer noch ruht und nicht absehbar ist, wie weit die bereits vorhandene Konstruktion wieder demoniert werden muss, wird sich der Zeitpunkt der Inbetriebnahme empfindlich verzögern.

Nachrichten, nach denen die Kraftwerksblöcke in Frimmersdorf nicht stillgelegt, sondern nur aus der Grundlast herausgenommen werden sollten, bezeichnete Lothar Lambertz als Missverständnis. Politiker hätten einen Vortrag von RWE-Power-Vorstandsmitglied Johannes Lambertz vor dem Wirtschaftsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags falsch interpretiert.

Unter anderem hatten der Vorsitzende der SPD Rhein-Erft, Guido van den Berg, und BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen in Pressemitteilungen geäußert, RWE Power habe nicht nur den zugesagten Termin der Stilllegung bis Ende 2007 beabsichtige nun, die alten Blöcke in Frimmersdorf unter gemindertem Dampf unbefristet weiter zu betreiben.

Das sei falsch, sagt Pressesprecher Lambertz. Vorstandsmitglied Lambertz habe im Ausschuss die Gründe für eine spätere Stilllegung als 2007 erläutert und dazu einen Rückblick auf die Historie des

Genehmigungsverfahrens 2003/04 für weitere BoA-Blöcke in Niederaußem gegeben, das im ersten Anlauf gescheitert sei. Vor der Ablehnung habe es damals Überlegungen gegeben, die alten Blöcke in Frimmersdorf aus der Grundlast zu nehmen. Solche Pläne seien schon lange nicht mehr aktuell.

Politiker aller Parteien fordern vor der Genehmigung weiterer BoA-Blöcke von RWE verbindliche Zusagen für die Stilllegung von Altanlagen. Deshalb stockt zurzeit der Eintritt in eine neuerliches Genehmigungsverfahren für weitere BoA-Blöcke Niederaußem.

KLAFFENDE LÜCKE

Mehr Lehrer für Förderschulen des Rhein-Erft-Kreises fordert die SPD-Kreistagsfraktion. Der ermittelte Bedarf an Lehrerstellen sei größer als die Zahl der tatsächlich zugewiesenen Pädagogen, schreibt Fraktionschef Hardy Fuß. Dies gehe aus vom Schulministerium veröf-

fentlichen Zahlen hervor. Jede Förderschule im Kreis müsse mindestens eine halbe bis eine ganze Lehrerstelle mehr bekommen. In einem Brief an Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar bittet Fuß, die Hintergründe für diese Situation zu erläutern.

Verwaltung soll zertifiziert werden



Rhein-Erft-Kreis (me). Die Abtei Brauweiler bildete die Kulisse für den Neujahrsempfang des Rhein-Erft-Kreises. Landrat Werner Stump begrüßte dort zu Beginn des neuen Jahres Vertreter aus Wirtschaft, Handwerk und Po-

litik. Stump kündigte an, dass er die Kreisverwaltung als „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ zertifizieren lassen wolle. Das RAL-Gütezeichen basiert auf nachprüfbaren Kriterien, die alle zwei Jahre durch den TÜV Rheinland

überprüft werden. „Eine mittelstandsfreundliche Verwaltung wird zwangsläufig auch ihre Bürgerfreundlichkeit steigern“, so der Landrat. Noch mehr tun will der Kreis im Bereich der Bildung. Ein Beispiel ist der „Potential-

Check“. Zusammen mit der Agentur für Arbeit soll jeder Schüler nach dem 8. Schuljahr getestet werden. „Dabei erfahren wir mehr über Stärken und Schwächen wie auch über die Ursachen“, so Stump. Weiter im Innenteil

Fortsetzung von der Titelseite

Rhein-Erft-Kreis (me). Dieser „Potential-Check“, der auf fünf Jahre angelegt ist, kostet jedes Jahr 500.000 Euro, Kosten, die sich die Agentur für Arbeit und der Rhein-Erft-Kreis teilen.

Ein weiteres Projekt betrifft die Senioren.

Zusammen mit der Sporthochschule Köln, dem Präha-Zentrum in Kerpen, der Europäischen Fachhochschule in Brühl, der Rhein-Erft-Akademie in Hürth und dem Berufsausbildungszentrum der NRW-Bauwirtschaft in Kerpen und unter Einbindung der Volkshochschule Bergheim startet der Rhein-Erft-Kreis das Projekt „SARE“, die „Senioren-Akademie Rhein-Erft“.

Die beteiligten Partner streben zunächst eine Form der Zusammenarbeit auf der

Grundlage vorhandener eigener Angebote an.

Über diesen Prozess der Zusammenarbeit soll ein Netzwerk und danach die Senioren-Akademie mit Hochschulbindung entstehen.

Werner Stump kündigte an, dass sich der Naturpark Rheinland um die Ausrichtung der ersten „Naturparkschau NRW“ bewerben wolle.

„Sollte der Naturpark im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens den Zuschlag erhalten, werden wir im Jahr 2009 eine hochinteressante Präsentation unseres Natur- und Kulturrumes erleben“, so der Landrat.

Burgen und Schlösser, Mühlen, Kleindenkmäler in der Landschaft oder historische Römerstraßen würden dabei eine Inwertsetzung erfahren.

Kerpener SPD steht hinter Hans Krings

Kerpen (red). Auf seiner Vorstandssitzung hat sich der SPD-Stadtverband Kerpen einstimmig für Hans Krings als Landratskandidat für 2009 ausgesprochen. „Hans Krings hat bei seiner Bewerbung um die Landratskandidatur 2009 unsere vollste Unterstützung“, sagte Ingepeer Meyer, der Vorsitzende der Kerpener SPD.

Alle Vorstandsmitglieder waren der Auffassung, dass Hans Krings der „fachlich versierteste“ der drei Bewerber sei. „Die Kerpener SPD ist davon überzeugt, dass der ehemalige Innenstaatssekretär die Kreisverwaltung optimal führen wird“, hieß es in einer Pressemitteilung. Die Kandidatur wird auch von den Kerpener Jungsozialisten unterstützt.